

Protokoll

über die **Sitzung des Sozialausschusses des Kreistages**

vom 23. April 2013

im Verwaltungsgebäude VI in Wittmund, Dohuser Weg 34, Raum Harlingerland

Anwesend:

Vorsitzender:

Ihnen, Enno

Mitglieder:

Assing, Peter

Freimuth, Erwin

Kirchhoff, Holger

Vertretung für Herrn Hans-Hermann
Lohfeld

Mammen, Martin

Meyer, Inge

Niemand, Wilhelm

Rahmann, Hermann

Reuber, Traute

Vertretung für Frau Edeltraut Coordes

Willms, Irmgard

Sachverständige:

Fejes, Bettina

Weigelt, Hans-Jürgen

Gäste:

Voigt, Bettina

von der Verwaltung:

Hinrichs, Hans

Garlichs, Karin

Cassens, Uwe

Garlichs, Hermann

Mintken, Uwe

Protokollführung:

Janssen, Thea

Öffentlicher Teil

TOP 1 Eröffnung der Sitzung

Der Vorsitzende eröffnet die Sitzung des Sozialausschusses um 14.30 Uhr und begrüßt die Ausschussmitglieder, die Sachverständigen, die Vertreter der Kreisverwaltung, Frau Voigt von der Schwangeren- und Schwangerschaftskonfliktberatungsstelle sowie den Vertreter der Presse.

TOP 2 Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und Beschlussfähigkeit

Der Vorsitzende stellt fest, dass die Ladung ordnungsgemäß ergangen und Beschlussfähigkeit gegeben ist.

TOP 3 Feststellung der Tagesordnung

Einwendungen gegen die Tagesordnung werden nicht erhoben. Der Vorsitzende stellt die Tagesordnung fest.

TOP 4 Genehmigung des Protokolls der vorhergegangenen Sitzung am 21.11.2012

Die Niederschrift der Sitzung vom 21.11.2012 wird bei einer Enthaltung einstimmig genehmigt.

TOP 5 Einwohnerfragestunde

./.

TOP 6 Vorstellung der Schwangeren- und Schwangerschaftskonfliktberatungsstelle des Ev.-luth. Kirchenkreises Harlingerland Vorlage: 0028/2013

Der Vorsitzende verweist auf die Sitzungsvorlage.

Erster Kreisrat Hinrichs erläutert nochmals kurz die Förderung der Schwangeren- und Schwangerschaftskonfliktberatungsstelle durch den Landkreis Wittmund.

Sodann stellt Frau Voigt als langjährige Mitarbeiterin der Schwangeren- und Schwangerschaftskonfliktberatungsstelle ihre Arbeit dar. In einem sehr anschaulichen Bericht erläutert sie den Anwesenden die gesetzlich vorgeschriebene Schwangerschaftskonfliktberatung sowie daneben das weite Feld der Schwangerschaftsberatung.

Kreistagsabgeordnete Reuber dankt Frau Voigt für den detaillierten Bericht und stellt nochmals heraus, dass wegen des offensichtlich in der Bevölkerung immer noch bestehenden Aufklärungsbedarfes die Fortführung der Schwangeren- und Schwangerschaftskonfliktberatungsstelle unerlässlich ist.

TOP 7 Einrichtung eines Verhütungsmittelfonds

Vorlage: 0030/2013

Der Vorsitzende verweist auf die Sitzungsvorlage.

Erster Kreisrat Hinrichs erläutert die Beweggründe für die Einrichtung eines Verhütungsmittelfonds. Herr Weigelt führt aus, dass es schon jetzt immer wieder Nachfragen nach entsprechenden Zuschüssen gibt. Da es einen entsprechenden Fonds im Landkreis Aurich bereits gibt, verweist das Klientel immer wieder hierauf.

Gerade vor dem Hintergrund der Ausführungen von Frau Voigt hält Kreistagsabgeordnete Reuber die Einrichtung des Fonds für sehr wichtig. Gleichstellungsbeauftragte Garlichs hält die Übertragung der Verwaltung des Fonds an das Diakonische Werk des Kirchenkreises wegen der Beratungsnähe für sehr sinnvoll.

Kreistagsabgeordneter Assing regt an, den Betrag auf 7.500 € zu erhöhen, seines Erachtens sei der Betrag von 5.000 € nicht auskömmlich.

Erster Kreisrat Hinrichs weist darauf hin, dass der Betrag von 5.000 € für ein halbes Jahr zur Verfügung stehe. Entsprechend der Fonds der umliegenden Landkreise sei dieser Betrag vermutlich mehr als auskömmlich. Je nachdem wie der Fonds in Anspruch genommen wird, müsse man im nächsten Jahr die Höhe des Betrages sicherlich neu ausloten.

Kreistagsabgeordneter Mammen beantragt, den Beschluss dahingehend zu fassen, dass nicht nur ein Betrag von 5.000 € zur Verfügung gestellt wird, sondern ein ggfls. auch höherer Betrag entsprechend dem sich ergebenden Bedarf. Dieser Antrag wird mit 6-Nein-Stimmen abgelehnt.

Dem Kreisausschuss und dem Kreistag wird einstimmig empfohlen zu beschließen:

Im Landkreis Wittmund wird ab dem 01.07.2013 ein Verhütungsmittelfonds über zunächst 5.000 EUR/Jahr für das Jahr 2013 eingerichtet. Mit der Verwaltung und Abwicklung des Verhütungsmittelfonds wird das Diakonische Werk des Kirchenkreises Harlingerland beauftragt. Die Verwaltung wird beauftragt, die weiteren Modalitäten bezüglich der Leistungsgewährung mit dem Diakonischen Werk zu vereinbaren.

TOP 8 Zusätzliche Maßnahmeplanung des Jobcenters

Vorlage: 0034/2013

Der Vorsitzende verweist auf die Sitzungsvorlage.

Erster Kreisrat Hinrichs gibt einen ersten Überblick über die Vorlage und verweist auf den entsprechenden Tagesordnungspunkt der letzten Sitzung des Sozialausschusses vom 21.11.2012.

Herr Garlichs erläutert detailliert das Zustandekommen der zusätzlichen Mittel und beschreibt die beabsichtigten Maßnahmen.

Kreistagsabgeordneter Mammen befürwortet insbesondere die Aktivierungsmaßnahme in Westerholt, eine Dezentralisierung sei in einem Flächenlandkreis sehr wichtig. Zukünftig müsse man entsprechende Angebote vielleicht auch in den anderen Gemeinden anbieten.

Kreistagsabgeordnete Reuber lobt die Flexibilität des Jobcenters und würdigt die Maßnahmen als vernünftige marktorientierte Angebote.

Herr Mintken vom Jobcenter ergänzt die Ausführungen von Herrn Garlichs und führt u. a. aus, dass mit der Aktivierungsmaßnahme in Westerholt u. U. auch die Erlangung eines Führerscheins für die Klienten einhergeht, die Umschulungsmaßnahme für 25-35-Jährige ohne Berufsabschluss nicht starr an die Altersgrenzen gebunden sei und die Aktivierungsmaßnahme für derzeit „nicht marktfähige“ Jugendliche ein sehr schwieriger und sensibler Bereich darstellt.

Kreistagsabgeordnete Willms lobt insgesamt das Maßnahmenpaket und hält gerade die Aktivierungsmaßnahme für Westerholt für einen sehr sinnvollen Ansatz.

Dem Kreisausschuss wird einstimmig empfohlen zu beschließen:
Dem vorgelegten ergänzten Maßnahmenkatalog wird zugestimmt. Die Verwaltung wird ermächtigt das Maßnahmenpaket umzusetzen.

TOP 9 Fortführung des Seniorenservicebüros
Vorlage: 0031/2013

Der Vorsitzende verweist auf die Sitzungsvorlage.

Erster Kreisrat Hinrichs erläutert die bisherige Finanzierung des Seniorenservicebüros und wirbt für den unterbreiteten Beschlussvorschlag um eine Planungssicherheit für das Personal zu haben. Das Seniorenservicebüro leistet sehr gute Arbeit und es wird von der Bevölkerung gut angenommen.

Kreistagsabgeordnete Reuber hält eine Fortführung des Seniorenservicebüros für sehr wichtig.

Kreistagsabgeordnete Willms teilt mit, dass sich das Seniorenservicebüro sehr gut etabliert habe, eine Fortführung sei gerade vor dem Hintergrund des demografischen Wandels sehr sinnvoll.

Dem Kreisausschuss und dem Kreistag wird einstimmig empfohlen zu beschließen:
Das Seniorenservicebüro wird ggfls. aus Eigenmitteln bis zum Ende des Jahres 2013 in der bisherigen Form weitergeführt. Die erforderlichen Mittel werden überplanmäßig zur Verfügung gestellt.

TOP 10 Änderung der Anlage zur Satzung über die Erhebung von
Gebühren für die Benutzung des Rettungsdienstes im
Landkreis Wittmund
Vorlage: 0023/2013

Der Vorsitzende verweist auf die Sitzungsvorlage.

Erster Kreisrat Hinrichs erläutert die Änderung der Anlage zur Satzung und weist darauf hin, dass durch die veränderte Entgeltvereinbarung die Satzung entsprechend anzupassen sei.

Dem Kreisausschuss und dem Kreistag wird einstimmig empfohlen zu beschließen:
Die anliegende Satzung zur 8. Änderung der Satzung über die Erhebung von Gebühren für die Benutzung des Rettungsdienstes im Landkreis Wittmund vom 09.12.2004 wird beschlossen.

TOP 11 Tätigkeitsbericht der Beauftragten für Menschen mit
Behinderungen im Landkreis Wittmund
Vorlage: 0037/2013

Der Vorsitzende verweist auf die Sitzungsvorlage.

Frau Fejes verweist auf ihren mit der Einladung versandten Bericht und stellt ihre vielfältigen Tätigkeiten seit ihrer letzten Berichterstattung kurz dar.

Die Ausschussmitglieder würdigen übereinstimmend das große ehrenamtliche Engagement von Frau Fejes.

Der Sozialausschuss nimmt den Tätigkeitsbericht zur Kenntnis.

TOP 12 Sachstandsbericht zum Bildungs- und Teilhabepaket Vorlage: 0038/2013

Der Vorsitzende verweist auf die Sitzungsvorlage.

Herr Cassens erläutert die Entwicklung im Bereich BuT. Für das Jahr 2012 hat der Landkreis vom Bund gut 216.000 € zuviel als Abschlagszahlungen erhalten, dieser Betrag ist vermutlich zu erstatten.

Kreistagsabgeordneter Mammen hält das Antragsverfahren für zu kompliziert. Es kann seines Erachtens nicht sein, dass nur gut die Hälfte des zur Verfügung stehenden Geldes bei den bedürftigen Kindern ankommt.

Herr Cassens gibt zu bedenken, dass der zur Verfügung gestellte Betrag lediglich auf einer großzügigen Schätzung des Bundes basierte auf Erfahrungswerte konnte der Bund seinerzeit noch nicht zurückgreifen. Das Schicksal des hohen Rückzahlungsbetrages teilt der Landkreis mit den meisten anderen Kommunen.

Kreistagsabgeordnete Reuber regt an, die Lehrer nochmals auf die Fördermöglichkeiten hinzuweisen.

Herr Weigelt sieht vielschichtige Probleme bei der Antragstellung, zum einen würden viele Klienten aus Schamgefühl keinen Antrag stellen und zum anderen seien gerade die Vereinsbeiträge vielfach so gering, dass die Klienten hierfür eine Antragstellung nicht für erforderlich hielten.

Erster Kreisrat Hinrichs bittet die Ausschussmitglieder auch weiterhin für die Inanspruchnahme dieser Leistung zu werben.

Der Sozialausschuss nimmt von den Ausführungen Kenntnis.

TOP 13 Verschiedenes

./.

TOP 14 Schließung der Sitzung

Der Vorsitzende schließt die Sitzung um 16.04 Uhr.

Enno Ihnen
Vorsitzender

Hans Hinrichs
Erster Kreisrat

Thea Janssen
Protokollführer/in